




## EU-Agrarminister müssen Preismisere angehen

EU-Agrarminister müssen Preismisere angehen  
Deutscher und französischer Bauernverband verständigen sich auf gemeinsame Forderungen  
Die angespannte Situation auf den Agrarmärkten nahmen der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV), Joachim Rukwied, und sein französischer Amtskollege Xavier Beulin (FNSEA) zum Anlass, ihre agrarmarktpolitischen Positionen eng abzustimmen. Bei einem Treffen in Straßburg am 24. August 2015 einigten sich die Bauernpräsidenten auf zentrale Forderungen im Hinblick auf die außerordentliche Sitzung des EU-Agrarministerrates am 7. September 2015.  
Mit den Folgen des Russland-Embargos dürften die Landwirte nicht allein gelassen werden, so Beulin und Rukwied einvernehmlich. Das Russland-Embargo stelle eine der Hauptursachen des Preiseinbruchs bei allen wichtigen Agrarprodukten dar. Da es sich um eine politische Krise handele, seien auch marktpolitische Maßnahmen gefordert.  
DBV-Präsident Rukwied betonte, die EU müsse zur Entlastung der angespannten Marktsituation bei Milchprodukten wie auch bei Schweinefleisch alles für die Erschließung neuer Absatz- und Exportmärkte tun. Hierzu bedürfe es sowohl einer intensiven Unterstützung der entsprechenden Veterinärverhandlungen mit Drittländern als auch einer verstärkten und praxispflichtigen europäischen Absatzförderung. Rukwied und Beulin waren sich einig, dass dies den EU-Agrarsektor nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig stärken würde.  
Einigkeit zwischen den Bauernpräsidenten Deutschlands und Frankreichs bestand außerdem in der Frage der Nutzung der Mittel aus der Superabgabe für die europäische Landwirtschaft. Im Hinblick auf den Interventionspreis bei Butter und Magermilchpulver fordern Beulin und Rukwied gemeinschaftlich eine Überprüfung mit Blick auf die gestiegenen Produktionskosten.  
Rukwied und Beulin bekannten sich bei ihrem Treffen zu einer europäischen Strategie als Antwort auf die aktuellen Probleme in den Märkten. Nur durch gemeinsames Agieren, nicht zuletzt mit dem europäischen Bauernverband COPA, könne die Landwirtschaft in Europa nachhaltig gestärkt werden.  
Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)  
Claire-Waldorff-Straße 7  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030/31904-407  
Telefax: 030/31904-431  
Mail: [presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net)  
URL: <http://www.bauernverband.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=595762](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=595762) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

[bauernverband.de](http://bauernverband.de)  
[presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net)

### Firmenkontakt

Deutscher Bauernverband e.V. (DBV)

10117 Berlin

[bauernverband.de](http://bauernverband.de)  
[presse@bauernverband.net](mailto:presse@bauernverband.net)

Der Deutsche Bauernverband ist der landwirtschaftliche Spitzenverband in Deutschland. Seine Mitglieder sind die Landesbauernverbände und führende Organisationen der Land- und Forstwirtschaft sowie ihr nahe stehende Wirtschaftszweige. Über die 18 Landesbauernverbände und ihre Kreisverbände ist der Deutsche Bauernverband im gesamten Bundesgebiet für alle Mitglieder vor Ort mit Beratungs- und Geschäftstellen präsent. Der Organisationsgrad der Bauern in ihrer Interessenvertretung ist sehr hoch: über 90 Prozent aller rund 400.000 landwirtschaftlichen Betriebe sind auf freiwilliger Basis Mitglied im Deutschen Bauernverband. Deshalb kann der Deutsche Bauernverband für sich in Anspruch nehmen, die Stimme aller landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland zu sein, gleich welcher Produktionsrichtung und Rechtsform. Der Deutsche Bauernverband versteht sich als Unternehmerverband, der die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber der Politik vertritt und sie bei der Führung ihrer Unternehmen unterstützt. Über seine Büros in Bonn, Berlin und Brüssel ist er Ansprechpartner für politische Parteien, Verbände und Organisationen des öffentlichen Lebens auf nationaler und europäischer Ebene.